

stellen somit eine überaus lesenswerte Grundlegung für ein neues Forschungsfeld dar und verdeutlichen gleichzeitig, dass sich eine Analyse dieser komplexen Zusammenhänge nicht mit einer singulären Programmatik bewältigen lässt.

**Patricia Deuser**

## **Jens Maeße: Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses. Zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms. Bielefeld: transcript 2010.**

Auffallend oft ist es die Europäische Hochschulstrukturreform, die SozialwissenschaftlerInnen über die Fachbereichsgrenzen hinweg fasziniert und Gegenstand zahlreicher Untersuchungen ist. In den letzten Jahren werden vermehrt wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, die weniger Erfahrungsberichte noch Zustandsbeschreibungen, sondern zumeist kritische Analysen einer Reformwirklichkeit an den Hochschulen sind. Zuletzt spielt dabei immer häufiger die wichtige Frage nach der Verantwortung für das Reformhandeln eine zentrale Rolle. Da das hochschulpolitische Feld durch eine Vielzahl und eine Vielfalt von Akteuren konstituiert wird, die gemeinsam an den Planungs-, Implementierungs- und Umsetzungsprozessen der Reform beteiligt sind, gestaltet sich die Suche nach dem Einen, der dafür Verantwortung trägt, äußerst kompliziert. Das zeigt zum Beispiel die Publikation von Jens Maeße, der diskursanalytisch die Frage untersucht, „wie der technokratische Konsensdiskurs des Bologna-Prozesses politische Handlungsfelder aufspannt, in denen Akteure an den Hochschulen, Ministerien, Verbänden und der hochschulpolitischen Öffentlichkeit sich auf spezifische Art und Weise verorten müssen.“ (12)

Der Autor, ein Soziologe an der Universität Mainz, wählt den sprachwissenschaftlich-analytischen Zugang, um anhand der Protokolle (z.B. der Bologna-Beschlüsse) und anderer Dokumente (z.B. der Hochschulrektorenkonferenz) nachzuvollziehen, wie sich „politische Verantwortlichkeit unsichtbar macht“ (29). Dieses Phänomen ist dem Reform-Prozess eigentümlich inhärent. Die zahlreichen Texte, die den Prozess aufklärend begleiten, lesen sich Maeße zufolge „sperrig und technokratisch. Oft können viele unterschiedliche Bedeutungsvarianten nebeneinander bestehen, wobei es schier unmöglich scheint, sich auf eine der multiplen Möglichkeiten von Sinn festzulegen.“ (28)

Damit lassen sich zunächst zwei Besonderheiten des Reformprozesses herausarbeiten, die für den Autor und sein Untersuchungsvorhaben eine „analytische Herausforderung“ darstellen (133). Zum Einen betrifft das die Beschaffenheit des Bologna-Prozesses, der einen „Kreativität stiftenden Cha-

rakter“ besitze (132): „(...) (Ü)blicherweise enthält jedes Reformprogramm ein Drehbuch, auf das die Reformakteure in der Umsetzung zugreifen können und sollen. Im Bologna-Prozess fehlte dieses Drehbuch. Vielmehr zirkulieren die Texte des Bologna-Prozesses und können je nach Kontext sehr unterschiedlich interpretiert werden. Die Akteure greifen dann vor Ort nach bestem Wissen und Gewissen auf die Ressourcen zurück, über die sie verfügen, um die Bolognadokumente zu interpretieren.“ (ebd.)

Zum Zweiten nennt der Autor als eine weitere Besonderheit der Reform das hochschulpolitische Feld, „in das sich die Texte des Bologna-Prozesses kommunikativ einschreiben konnten, und das dadurch neu geordnet und hervorgebracht wurde“. (133) Um das zu erklären, bedient er sich nicht nur der Dokumente, sondern nimmt auch die Akteure im Umfeld der Hochschulpolitik in den Blick. Diese seien „Interpretationskünstler, die sich ausgehend von administrativen und politischen Texten in diskursiv aufgespannten Handlungsfeldern verorten und ausgehend von dieser Verortung selbständig weitere Handlungen durchführen, indem sie wiederum Texte unterschiedlicher Art produzieren.“ (133) Mäße zufolge gelingt es den politischen Verantwortlichen, sich im Rahmen dieses diskursiv zirkulierenden Interpretationsprozesses unsichtbar zu machen: „Der politische Akteur, den wir suchen, hat (...) ein besonderes Geschick entwickelt, sich hinter den Figuren zu verstecken.“ (25)

Dem Autor geht es weniger darum, einen sog. Schuldigen zu benennen, der für die Art der Umsetzung der Reform und ihre Ausgestaltung an den Hochschulen zur Rechenschaft gezogen werden kann. Vielmehr interessiert ihn ein sich auf seine Weise formierender Reformdiskurs, der durch Handlungs- und Sprechweisen der beteiligten Akteure produziert wird und in dessen Verlauf sich Handlungsträger durchaus ausmachen lassen. Sein Forschungsinteresse zielt also „weder auf die Interessen und Absichten der Akteure noch auf die Form der institutionellen Struktur, sondern auf die Regeln und Mechanismen der Formation diskursiver Subjektivität durch eine spezifische hegemoniale Konstellation.“ (52)

Den methodischen Zugang zu den Agenten des Feldes verschafft sich der Autor zunächst mit Hilfe der Frame-Semantik von Minsky, welche die Beschreibung zahlreicher und sich überkreuzender Policy- und Polity-Felder ermöglicht. Sie erfüllen im weiteren Fortgang der Studie zwei zentrale Funktionen: Einerseits stellen sie wichtige Hintergrundinformationen zum Untersuchungsgegenstand zu Verfügung. Andererseits bereiten sie Wissen auf, von dem der Autor sagt, dass es im Rahmen einer Diskursanalyse nicht ermittelt werden könne. Eine solches Vorgehen schafft gute Voraussetzungen für den nächsten Untersuchungsschritt, denn die „Institutionen bzw. Wissenskonfigurationen müssen aus Sicht der Diskursanalyse als heterogene, unabgeschlossene Ensembles konzipiert werden, die jenseits

des partikularen Aktes keine ontologische Existenzform ausweisen.“ (123)

Ein solches Policy-Konstrukt, das Jens Maeße anhand der Frame-Semantik beschreibt, ist zum Beispiel der Internationalisierungsframe (IF), der all die Themen bereithält, die in direkter oder indirekter Weise mit der „Internationalisierung der deutschen Hochschulen“ verbunden sind und oftmals Querverweise zum Bologna-Reformdiskurs aufweisen, so zum Beispiel der Abbau von Barrieren für ausländische Studierende oder die internationale Mobilität deutscher Studierender, WissenschaftlerInnen etc. Die Aufzählung macht deutlich, um was es dem Autor geht: Ungezählte politische Maßnahmen und institutionelle Bedingungen, die „Bologna“ betreffen, werden in tangierenden und sich überlagernden Feldern dargestellt, um so allen im Diskurs operierenden Mechanismen gerecht zu werden.

In der anschließenden Diskursanalyse nimmt sich der Autor den Wortlaut der Bologna-Erklärung vor, die am 19. Juni 1999 die Zielsetzungen einer Strukturreform der Hochschulen von vorerst 29 europäischen Staaten protokollarisch zusammenfasst und stellt fest: „Bei insgesamt 641 Wörtern enthält der Text ca. 65 Nominalisierungen (z.B. ‚Qualifizierung‘, ‚Entwicklung‘, ‚Wettbewerbsfähigkeit‘, d. Verf.) (...) Dies ist eine Quote von über 10 %. Demgegenüber können nur 14 Formen von Subjektivität (z.B. ‚wir‘, ‚uns‘, d. Verf.) gefunden werden. (...) Dies ist lediglich eine Quote von 2 %.“ (170f.) Am Ende der diskursanalytischen Darstellung der Bologna-Beschlüsse kommt Jens Maeße zu dem Schluss: „Erstens konnten weder klare Behauptungen noch handlungsweisende Forderungen herausgearbeitet werden. (...) Zweitens werden diese schwammigen Allgemeinplätze überwiegend nicht von Ministern, sondern von anonymen Äußerungsquellen verantwortet. (...) (D)rittens konnte ein Mechanismus der Aufschiebung des semantischen Kerns herausgearbeitet werden.“ (181) Für die Texte, welche die Reform begleiten und die besonders häufig aus Nominalisierungen bestehen, sei konstituierend, „dass das damit verbundene Wissen sich von selbst versteht und von niemandem verantwortet werden muss.“ (192)

Damit kommt zur Sprache, was der Autor im dritten Teil der Publikation zeigen will: „(N)icht nur die politische Programmatik und das institutionelle System, sondern auch die Art der politischen Kommunikation (konstituieren, d. Verf.) einen Universalismus (...), der als politische Form des Konsenses bezeichnet werden kann“ (155). Für das hochschulpolitische Feld gelte, dass sich spätestens seit 1990 – der Autor setzt dies mit dem Scheitern der „Untertunnelungsstrategie“ in eine zeitliche Kausalität – die Form und Dynamik des (hochschul-)politischen Diskurses veränderte. Jenseits von Parteilichkeit setze sich eine Konsenssprechweise durch, die im Gegensatz zur üblichen Vielstimmigkeit der Akteure durch den Ge-

brauch von Nominalisierungen wie „Qualität“, „Wettbewerb“ etc. gekennzeichnet ist. Eine Variante für eine solche Konsensrhetorik ist die sog. „Blumen-Technokratie“, die ihren – wie der Autor zugibt – „polemischen Charakter“ der „blumigen-affektiven“ und zugleich „technokratischen-apolitischen“ Sprechweise der Dokumente verdanke. (194) Bei den verwendeten Nominalisierungen handelt es sich um Schlagworte, auf die in Argumentationen notorisch Bezug genommen wird, über welche die Akteure nicht mehr verhandeln und die sich als quasi-natürliche Wirklichkeit im Diskurs festsetzen. Das ist auch der Grund, warum sich die Texte so technokratisch lesen. Die Nominalisierungen schwingen als implizites Wissen im Diskurs mit und die Sprecher/Verfasser treten stets als sich selbst evaluierend auf. Als vorläufiges Ergebnis fasst der Soziologe noch einmal zusammen: „Der Bologna-Prozess ist ein facettenreicher Konsensdiskurs, der durch unterschiedliche Techniken und Mechanismen sowohl die konkrete Bedeutung der Reforminhalte als auch die politische Verantwortung für die Reform unsichtbar macht.“ (233)

Mit der Durchführung der Analyse des Bologna-Diskurses und seiner politischen Kommunikation ist die Untersuchung für den Soziologen noch nicht abgeschlossen, sondern er stellt sich die Aufgabe, die bisherigen Erkenntnisse unter Berücksichtigung der Herausarbeitung „hegemonialer Effekte“ (ebd.) erneut zu betrachten. Solche Akte dominierender Wirkung könnten nach Ansicht des Autors von einer Bedingtheit des institutionellen Gefüges ausgehen. Gleich im Anschluss fügt Maeße einschränkend hinzu: „Die politische Logik des Bologna-Prozesses lässt sich (jedoch, d. Verf.) mit nationalstaatlichen Kategorien nicht mehr beschreiben. (...) Durch die diskursive Virulanz einer transnationalen Instanz ist der Ort des Politischen verschoben und im institutionellen Gefüge des bundesdeutschen Kulturföderalismus nicht mehr erkennbar.“ (243) Für den Autor sind es vielmehr die Schlagworte jener Einmütigkeitsrhetorik, die „konstitutives Merkmal des hegemonialen Feldes“ (234) werden, da sie durch die Verknüpfungen mit anverwandten Themen eine „ideologische“ Aufladung erfahren und ihre Wirkung entsprechend ihrer weiteren Verwendung im Diskurs entfalten. Die Dokumente des Reformdiskurses bieten durch die ungezählten Nominalisierungen „ein reiches Repertoire an hegemonialen Artikulationsmöglichkeiten“ (251), die durch ein „Zickzackspiel (...) globaler Eliten und lokaler Autoritäten“ in vielfältiger Interpretationsweise genutzt werden, „wobei sowohl die konkreten Inhalte als auch die politische Verantwortung dafür immer wieder hin und her geschoben werden“ (249).

Trotz der Zerfaserung politischer Verantwortlichkeit sei der Bologna-Diskurs hegemonialtheoretisch relevant, da die Sprecher/Verfasser der Texte in ein „dialogisches Verhältnis“ (239) zu den Anwesenden treten und somit den Eindruck einer „proaktiven Aura“ (250) zur Umsetzung bei ihnen hinterlassen. Und schließlich entfaltet das „präsupponierte“ Wissen (237) durch die Anwendung aufgeladener

Begrifflichkeiten seine Wirkung. Jens Maeße konstatiert also gleich im Anschluss an den Abgesang eine Rückkehr des Politischen unter den beschriebenen anderen Bedingungen: „Das Politische lässt sich niemals vollständig ausblenden, sondern fordert immer wieder sein Recht ein. Es zeigt sich an Punkten, wo der Diskurs mit sich selbst hadert, (...) das Gesagte wieder und wieder kommentiert, (...) oder auf Fragen antwortet, die niemand gestellt hat. Jeder Versuch, die Lücke zu schließen führt nur dazu, dass die Lücke woanders wieder aufreißt.“ (258) Ein Beispiel für die „empirischen Orte“ (258), wo sich diese Praktiken niederschlagen, seien die Hochschulen, die sich Bologna gegenüber misstrauisch, kritisch und widerständig zeigen. „Die Orte der Rückkehr des Politischen sind nicht fixierbar, sondern dissimilieren mit der Expansion des Bologna-Diskurses in andere Praxisfelder.“ (259) Soll heißen: Mit den Veränderungen an den deutschen Hochschulen ist es so schnell nicht vorbei. Mit den kritischen Äußerungen zum Reformprozess jedoch auch nicht.

In den letzten Monaten ist eine Vielzahl wissenschaftlicher Reflektionen zur Europäischen Hochschulstrukturreform erschienen oder im Erscheinen begriffen, die Maeße bei seiner Studie selbstverständlich nicht berücksichtigen konnte. Diese Erkenntnisse hätten ihn jedoch möglicherweise dabei unterstützt, sein Forschungsprogramm noch weiter auszubauen und auch auf Fragen einzugehen, die sich im Anschluss an den politischen Implementierungsprozess an den Hochschulen gerade im Hinblick auf die Herausarbeitung der „hegemonialen Effekte“ stellen. Angesichts des Verlaufs und der Ausgestaltung der „Bologna-Reformbemühungen“ möchte man vor allem den Angehörigen der deutschen Hochschulen die Lektüre des Buches verbindlich ans Herz legen, um ihnen die (Un-)Möglichkeit ihrer „partikularen Akte“ (245) angesichts dominierender technokratischer Verstiegheiten aufzuzeigen.

**Nadin Fromm**

## **Ulrich Bröckling, Robert Feustel (Hg.) Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript 2010.**

Das Politische ist zurück! Nachdem der *Begriff des Politischen* zusammen mit seinem polarisierenden Schöpfer Carl Schmitt in Verruf geraten war, nahezu untergegangen schien, hatten im deutschsprachigen Raum alle Versuche, diesen Begriff auf zeitgenössische Probleme anzuwenden, mit dem Mythos *Carl Schmitt* zu kämpfen. Im letzten Jahrzehnt sind jedoch nunmehr eine Welle von verspäteten Übersetzungen und daran anschließende Sammelbände erschienen, die dem deutschsprachigen Publikum